



On the Road again

On the Road? Ja. Aber: again? Nein. Denn sie ist zum ersten Mal auf Tour, jedenfalls in Europa: die Free Market Road Show. Organisiert vom Wiener Hayek Institut und diversen Partnerinstituten vor Ort, gastierte die Road Show im Mai in Wien, Portoroz, Berlin, Prag und Brüssel. Ein Team aus festen und wechselnden Protagonisten des freien Marktes warben auf ungewöhnliche Weise für mehr Wettbewerb und Wohlstand.

Interessantes aus
Deutschland für
CNE-Leser

Interessantes von
CNE für
deutsche Leser



Nobelpreisträger Robert Mundell, einer der „Roadies“ der Free Market Road Show

Warum sind einige Individuen, Unternehmen und Nationen erfolgreicher als andere? Dieser Frage gingen die Teilnehmer der 1. Free Market Road Show in Europa auf den Grund.

Unter dem Motto „Competition matters“ startete die Tour in Wien (4.-6. Mai) und führte über Portoroz (6./7. Mai), Berlin (8.-10. Mai) und Prag (11./12. Mai) nach Brüssel (13. Mai).

Die Liste der prominenten Redner war lang:

Neben Nobelpreisträger Robert Mundell waren u.a. José Pinera (International Centre for Pension Reform) und der estnische Ex-Premier Mart Laar eingeladen.

Free Market Roadies

Zu den Sprechern der Tagung auf Rädern zählten aber auch Klaus Gretschmann (Generaldirektor beim Rat der EU), der frühere Finanzminister der Slowakei Iwan Miklos sowie Richard W. Rahn (IGEG) und Dan Mitchell (CATO Institute).

Während einige der Referenten alle oder mehrere Auftritte mitgestalteten, konnten andere nur an dem einen oder anderen Tagungsort mitwirken. Auf diese Weise erlebten die Teilnehmer an jedem Ort eine auf die jeweilige nationalen Verhältnisse zugeschnittene Konferenz.

Josef Christ vom Direktorium der Österreichischen Nationalbank, der frühere tschechische Privatisierungsminister Tomas Jezek, John Fund vom *Wall Street Journal*, Michael von Liechtenstein und Hardy Bouillon vom Centre for the New Europe gehörten ebenso zu den Vortragenden wie führende Vertreter aus Industrie und Handel und renommierte Wirtschaftsprofessoren, u.a. Charles Blankart, Victoria Curzon-Price, Pierre Garello, Jiri Schwarz, Josef Sima und Christian Watrin.

Themen dieser Ausgabe

On the Road again... 1
Die Free Market Road Show in Europa

Viva Las Vegas 2
Feste Feiern beim FreedomFest

You are so beautiful. 3
Hardy Bouillon zum Liberalismusbild von Slavoj Žižek

Fool(s) on the hill 6
Edgar Gärtner über gedankenlosen Nihilismus

Highway to hell..... 9
Hardy Bouillon zur Methodenfrage in der Klimadebatte

Save the last word for me 13
Stephen Pollard über die Immobilienkrise in England

Viva Las Vegas



Wer den Sommer unter glühenden Freiheitsverehrern und außerdem mit viel Vergnügen verbringen will, der sollte erwägen, am "FreedomFest" in Las Vegas teilzunehmen. Vom 10.-12. Juli 2008 bietet es seinen Teilnehmern ein sehr reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm.

Das FreedomFest lädt ein, "zu diskutieren, Strategien zu beratschlagen, anregende Gesellschaft zu genießen und die Freiheit zu feiern."

Getreu dem Motto "Acht große Debatten in 2008" haben die Veranstalter unter Leitung von Mark Skousen (oben links im Bild neben Steve Forbes) acht Debatten zusammengestellt, die durchaus hitzig zu werden versprechen. So streiten u.a. Christopher Hitchens (der mit "God Is Not Great" lange an der Spitze der New York Times Bestsellerliste stand) und Dinesh D'Souza ("What's So Great About Christianity?") über das Thema "Krieg, Terrorismus und die geo-politische Krise: Ist Religion die Lösung oder das Problem?"

Neben Hitchens und D'Souza kann man noch viele andere interessante Redner hören und erleben, u.a. Ron Paul und Charles Murray.

Wie breit die Themenpalette ist, zeigt folgende Auswahl an Debatten:

Ist der Markt mit weniger Risiko zu schlagen?

Islam: radikal oder friedlich?

Hat Shakespeare Shakespeare geschrieben?

Eine nationale Krankenkasse für Selbstzahler: Ja oder nein?

Soll die Welt zum Goldstandard zurückkehren?

War der amerikanische Bürgerkrieg notwendig?

Die Veranstalter glauben 10 gute Gründe dafür nennen zu können, warum man am FreedomFest teilnehmen sollte. U.a. werben Sie mit folgenden Aussagen:

„Es ist in Las Vegas! Die Unterhaltungsmetropole gilt als die libertärste Stadt in den USA.“

Es macht Spaß zu debattieren! 8 Debatten gibt es, dazu 88 Debatteure und Aussteller, und über 888 Teilnehmer.

Finanzielle Freiheit vom Feinsten: Eine AAA-Investmentkonferenz mit



führenden Finanzexperten, darunter Jeremy Siegel, dem Wizard of Wharton.

Friday Night Fights: Verpassen Sie es nicht, wenn Dinesh D'Souza Freitagnacht auf Christopher Hitchens trifft."

Die Teilnahmegebühr für das FreedomFest beträgt \$495 pro Person und \$795 pro Paar. Enthalten sind darin die Teilnahmen an allen Veranstaltungen, Nebenveranstaltungen und Gesprächen am Runden Tisch, unbegrenzter Zugang zur Ausstellungshalle, Konferenzmaterial und Handouts sowie ein festliches Bankett-dinner am Samstagabend.

Telefonische Bestellungen nimmt Tami Holland unter ++1.866.266.5101 entgegen.

Mehr zum FreedomFest finden Sie unter:
<http://www.freedomfest.com/>

You are so beautiful



Hardy Bouillon

In der Februarausgabe der Schweizer Monatshefte gab der slowenische Philosoph Slavoj Žižek (unten im Bild) seine Einschätzung des Liberalismus wieder, und zwar unter dem Titel „Jenseits des liberalen Realismus“.

Hardy Bouillon hält diese Einschätzung für verfehlt und versucht in seinem Kommentar "Diesseits des realen Liberalismus" mit einigen Missverständnissen aufzuräumen, wie sie s.E. in Žižeks Bild vom Liberalismus zum Tragen kommen. Unter anderem Titel und in redigierter Form erschien seine Replik auf Žižek zuerst in der Aprilausgabe der Schweizer Monatshefte.



*Mehr zu den Schweizer Monatsheften finden Sie unter:
<http://www.schweizermonatshefte.ch/>*

Ronald Reagan hat einmal vor der Einführung vermeintlich schwieriger Reformen gesagt, die anstehende Aufgabe sei zwar einfach (simple), aber nicht leicht (easy). Gemeint war, dass die Reform selbst leicht verständlich und ihre Notwendigkeit ohne weiteres einzusehen sei, dass es aber schwierig werden würde, die Menschen zu motivieren, den steinigen Weg zu gehen.

„Wie man z.B. in Norms of Liberty von Doug Rasmussen und Doug den Uyl nachlesen kann, fordert der Liberalismus sehr wohl universelle Maximen ein, und zwar in Form allseits verbindlicher Metanormen, die ein tolerantes Miteinander individueller Lebensentwürfe und die damit verbundene Selbstbestimmung eines jeden Individuums gewährleisten.“

In gewisser Weise gilt das, was Reagan im Bezug auf seine Reformen meinte, für den Liberalismus schlechthin: Er ist leicht verständlich (zumindest scheinbar), doch es fällt vielen Menschen schwer, ihm zu folgen. Ein ernstes Problem tritt hinzu: Missdeutungen. Der Liberalismus ist – vielleicht gerade weil er so scheinbar leicht zu verstehen ist – vielerlei Fehlinterpretationen ausgesetzt. Mithin ist es gar nicht so

einfach, ihn richtig zu deuten. Ganz im Gegenteil, die Liste der ihn begleitenden Missverständnisse ist lang. Der kritische Einwurf von Slavoj Žižek enthält zahlreiche dieser Missdeutungen.

Das beginnt mit der These, für den radikalen Liberalismus sei „der Wunsch, die Menschen einer angeblich universellen, ethischen Maxime zu unterstellen, die Mutter aller Verbrechen.“ Genau das ist nicht der Fall, wie man z.B. in *Norms of Liberty* nachlesen kann, wo die Autoren Doug Rasmussen und Doug den Uyl plausibel erläutern, dass der Liberalismus sehr wohl universelle Maximen einfordert, und zwar in Form allseits verbindlicher Metanormen, die ein tolerantes Miteinander individueller Lebensentwürfe und die damit verbundene Selbstbestimmung eines jeden Individuums gewähren. Rasmussen und den Uyl deuten den Liberalismus gewissermaßen als logische Folge aus dem Umstand heraus, dass viele konkurrierende Moralsysteme friedlich koexistieren wollen. Und sie machen auf eine weiteres Missverständnis aufmerksam: Der Liberalismus ist selbst keine Morallehre, sondern der politische Rahmen, in dem diverse Kodizes nebeneinander existieren können. Gesteht man jedem Individuum zu, den von ihm subjektiv präferierten Weg zum Glück einschlagen zu dürfen, so ist der Liberalismus als ein

„Im übrigen ist es wenig hilfreich, Schenken und Tauschen zu vertauschen. Der Markttausch besteht nicht aus zwei gleichzeitig erfolgenden Schenkakten. Auf dem Markt geht jede Annahme einer Leistung oder eines Produktes mit der Annahme der vereinbarten Verpflichtung (zur Gegenleistung) einher, die es einzulösen gilt.“

Handlungsregulativ zu verstehen, das die Bedingung für moralisches Handeln erst ermöglicht. In diesem Sinne ist der Liberalismus also keineswegs selbst eine Morallehre, sondern der politische Rahmen, der alle subjektiven Moralsysteme zulässt, sofern diese dem toleranten Miteinander nicht entgegenwirken.

Ein anderes Missverständnis liegt in der Theorie von der Asymmetrie des Tausches. Zunächst einmal ist zu bemerken, dass diese naturgegeben ist und nicht von der Ideologie des Liberalismus vorgeschrieben wird. Streng genommen ist unter der Annahme von Symmetrie der Tausch ausgeschlossen. Das würde wohl auch Žižek zugestehen, dem es allerdings um die daraus vermeintlich ableitbare Konsequenz geht, dass der Markt kein soziales Band schnüre. Anders als beim Potlatch, der aus zwei Schenkakten besteht, geschähen im Markttausch „die beiden Akte gleichzeitig, ich bezahle und kriege etwas für das Geld. Dies hat zur Folge, dass

keine soziale Schuld, mithin kein soziales Band erzeugt wird.“ Ein bisschen Hayeklektüre hätte dem Autor gewiss gut getan. Tauschaktionen und Vorvertauen durch einseitige Vorleistungen entstehen durch iterative Marktbeziehungen, der Markt als Katallaxie ist nicht nur der Ort des Tausches, sondern auch der Umwandlung eines Fremden in einen Freund, wie uns das griechische „katallatein“ lehrt.

Im übrigen ist es wenig hilfreich, Schenken und Tauschen zu vertauschen. Der Markttausch besteht nicht aus zwei gleichzeitig erfolgenden Schenkakten. Auf dem Markt geht jede Annahme einer Leistung oder eines Produktes mit der Annahme der vereinbarten Verpflichtung (zur Gegenleistung) einher, die es einzulösen gilt. Diese Einlösung schuldet der Marktteilnehmer nur seinem Tauschpartner, nicht der Gemeinschaft. Ein „soziales“ Band der Schuld entsteht hier ebenso wenig wie eine Verpflichtung zur Annahme der angebotenen Leistung oder des angebotenen Produktes. Anders als beim Schenken beleidige ich den Anbieter nicht, wenn ich seine Offerte ausschlage.

Von einer Atomisierung der Gesellschaft durch den Markt kann also gar keine Rede sein, auch nicht vom fehlenden Vertrauen. Allerdings bietet der Markt auch die *Möglichkeit*, anonym zu bleiben. Eingedenk dieser Betonung kann man Žižek zustimmen: „In dieser Perspektive *kann* Geld als das Mittel definiert werden, das uns ermöglicht, Kontakte mit anderen zu unterhalten, ohne in

eine eigentliche Beziehung mit ihnen zu treten.“

Diese Zustimmung kann allerdings nur unter dem Vorbehalt erteilt werden, dass mit einer eigentlichen Beziehung eine persönliche Beziehung gemeint sein soll. Solche gibt es z.B. in aller Regel nicht zwischen dem, der heute eine Aktie veräußert, und jenem, der sie morgen erwirbt. Aber es gibt eine andere Beziehung, die Žižek außen vor lässt, nämlich die vertragliche. Sie knüpft das sehr konkrete individuelle Band der Schuld im Sinne der Obligation und verzichtet auf das wenig konkrete „soziale“ Band der Schuld. Es ist die iterative Vertragstreue, die das Band zwischen den Marktakteuren flicht, Vertrauen sät und die Atome unter Wahrung ihrer Individualität zu Gemeinschaften werden lässt. Von einer atomisierten Gesellschaft als einer der theoretischen Prämissen des Liberalismus kann also auch keine Rede sein.

Nur en passant: Dass ein Staat nicht so organisiert werden könne, dass er sogar *«für ein Volk von Teufeln»* funktioniere, ist nicht der utopische Kern des Liberalismus, sondern das Problem eines jeden Reglements, das versucht, für jeden denkbaren Fall unerwünschter Ergebnisse Verhinderungsvorkehrungen treffen zu können.

Wenn es das ideale politische System im

„Traditionen, Sitten und Gebräuche – darauf hat Hayek zuhauf hingewiesen, stellen diese tauschförderliche Zivilität her. Sie verkörpern die „Regeln der Zivilität“, den „gemeinen Anstand“, doch sie sind nicht das, was der Tausch voraussetzte, sondern mit ihm entstanden und mit ihm in permanenter Erneuerung begriffen. In dieser Art sind sie für wahr unsere „zweite Natur“ und „Grundlage des Zusammenlebens“.“

absoluten Sinne auch nicht geben mag, so gibt es doch Kriterien, die eine Unterscheidung zwischen besseren und schlechteren Alternativen erlaubt. Wenn Frieden ein solches Kriterium ist, dann ist spätestens seit Mises der Schlüssel, mit dem der Liberalismus das Tor zu einer friedlicheren Welt öffnet, hinreichend bekannt. Bereits die schottische Moralphilosophie (mit David Hume, Adam Ferguson und Adam Smith) hat die Grundidee dargelegt: Wer handelt, kämpft nicht. Er muss den Frieden gar nicht wollen, um ihn herbeizuführen. So miraculös ist die Eintracht gar nicht, die laut Kant *„die grosse Künstlerin Natur (natura daedala rerum), ... durch die Zwietracht der Menschen Eintracht selbst wider ihren Willen emporkommen“* lässt. Allerdings hilft beim Verstehen dieses wenig wunderlichen Wunders, das Hayek die spontane Ordnung nennt – eine Ordnung, die unintendiert, also

nicht aus den Plänen der vielen Interakteure (manchmal sogar gegen deren Ziele und Absichten) hervorgeht –, eher die Lektüre von Smith und Hayek als die von Kant oder Hegel.

Wollen wir einmal die strittige These Žižeks beiseite lassen, wonach der freie Tausch am Markt eine juristische Ordnung (gemeint ist wohl eine staatliche Ordnung) als Grundlage brauche – genau das bestreitet ja der von ihm apostrophierte *radikale Liberalismus* (falls Žižek mit dem radikalen Liberalismus überhaupt den libertären Anarchismus meint, was nicht klar ist) –, so ist gewiss unstrittig, dass es für den Markt einen sozialen Unterbau gibt – wenn auch eher im eben skizzierten Sinne gewachsener positiver Externalitäten als im Sinne Marxens.

Traditionen, Sitten und Gebräuche – darauf hat Hayek zuhauf hingewiesen, stellen diese tauschförderliche Zivilität her. Sie verkörpern die „Regeln der Zivilität“, den „gemeinen Anstand“, doch sie sind nicht das, was der Tausch voraussetzte, sondern mit ihm entstanden und mit ihm in permanenter Erneuerung begriffen. In dieser Art sind sie für wahr unsere „zweite Natur“ und „Grundlage des Zusammenlebens“.

Diesen kulturellen Unterbau hat der Liberalismus gewiss nicht erzeugt. Wie sollte er auch, er ist eine Weltanschauung. Nur Akteure erzeugen, und oft mehr und anderes, als sie

„Es gibt viele hilfreiche Maßnahmen beim Bemühen um die Erhaltung unserer Existenz. Eine davon ist es, den realen Liberalismus, d.h. die geistigen Grundlagen einer freien und friedlichen Welt so weit wie möglich und nötig zu verstehen und zu wahren. Ganz und gar nicht hilfreich ist es, vom realen Liberalismus ein entstellendes Bild zu zeichnen und ihm einen Utopismus an Stellen vorzuwerfen, wo ihm dieser aus gutem Grunde fehlt.“

wollen, und zwar im Sinne der o.g. spontanen Ordnung. Wir Menschen, wir tauschenden Menschen sind es, die den Unterbau geschaffen haben und unterhalten. Und in der Tat müssen wir aufpassen, „ihn nicht zu zerstören“ – nicht weil dies den Liberalismus *ad absurdum* führte, sondern weil es die Grundlage menschlicher Existenz zerstörte.

Es gibt viele hilfreiche Maßnahmen beim Bemühen um die Erhaltung unserer Existenz. Eine davon ist es, den realen Liberalismus, d.h. die geistigen Grundlagen einer freien und friedlichen Welt so weit wie möglich und nötig zu verstehen und zu wahren. Ganz und gar nicht hilfreich ist es, vom realen Liberalismus ein entstellendes Bild zu zeichnen und ihm einen Utopismus an Stellen vorzuwerfen, wo ihm dieser aus gutem Grunde fehlt.

Fool(s) on the hill



Edgar Gärtner

„In der Auseinandersetzung um den richtigen Umgang mit dem Klimawandel oder den Gesundheitsrisiken von Chemikalien geht es im Grunde um den Kampf zwischen zwei kaum vereinbaren Weltbildern“, schreibt Edgar Gärtner. „Auf der einen Seite steht die Auffassung, wir Menschen lebten in einem geschlossenen System (Naturhaushalt) und könnten durch dessen fortschreitende Erforschung wenigstens 90-prozentige Gewissheit über die Kräfte erlangen, die das System im Gleichgewicht halten. Der Naturhaushalt und die Lebensgrundlagen, die er uns liefert, könnten folglich durch die Anwendung wissenschaftlich abgeleiteter Management-Regeln hausväterlich verwaltet werden. Das ist die Sicht der vordarwinistischen (und präkantianischen), aus der Physico-Theologie des 17. und 18. Jahrhunderts hervorgegangenen Ökologie.“

Mehr von Edgar Gärtner finden Sie unter:

<http://www.gaertner-online.de>

Ihr gegenüber steht die auf Charles Darwin (1859) zurückgehende evolutionäre Sichtweise, wonach es in der Natur keine prästabilisierte Harmonie gibt. Vielmehr ist die Welt in jeder Hinsicht offen. Fast alles befindet sich in ständigem Fluss. Die Entwicklungsrichtung von Mensch und Natur ist das Ergebnis des Lernens aus Versuch und Irrtum. Systeme existieren daher nur in unseren

„In der evolutionären Sichtweise kann es keine ökologische Nachhaltigkeit ohne Freiheit geben, denn diese ist Voraussetzung des Lernens aus Versuch und Irrtum. Freiheit bedeutet Reden und Handeln im Einklang mit seinen mentalen Dispositionen. Dabei überwiegen Glaubenssätze, Motive und Präferenzen, die ihren individuellen Trägern nur zum Teil bewusst sind.“

Köpfen oder in Gegenständen beziehungsweise Organisationen, die wir bewusst schaffen. Menschliches Wissen bleibt eine Insel in einem Meer von Nichtwissen. Das heißt: Statt 90 Prozent wissen wir meist weniger als ein Prozent von dem, was wir wissen müssten, um Entwicklungen in Natur und Gesellschaft gezielt steuern zu können. Wir müssen, nur mit dem schwachen Licht der Vernunft ausgerüstet, im

Dunkeln voranschreiten. Nur im „Kampf ums Dasein“ bewährte Institutionen, beginnend mit der Familie, der Kommune und der Kirchengemeinde, vermitteln uns dabei provisorische Gewissheit. Nur in deren Rahmen kann auch ein häusliches Herangehen an Probleme der Ressourcenversorgung sinnvoll sein.

In der evolutionären Sichtweise kann es keine ökologische Nachhaltigkeit ohne Freiheit geben, denn diese ist Voraussetzung des Lernens aus Versuch und Irrtum. Freiheit bedeutet Reden und Handeln im Einklang mit seinen mentalen Dispositionen. Dabei überwiegen Glaubenssätze, Motive und Präferenzen, die ihren individuellen Trägern nur zum Teil bewusst sind. Bewusstes wissenschaftliches Wissen ist hingegen weniger wichtig als der gesunde Menschenverstand. Das gilt auch für kollektive Entscheidungsprozesse. Nur in Familien, Clans oder Horden bis zu einer Gruppenstärke von maximal 150 Personen können diese unmittelbar auspalavert werden, wobei bekanntlich nicht alle Stimmen das gleiche Gewicht haben. Vielmehr kommt es vor allem auf die Meinung von Häuptlingen oder anderen Autoritäten an.

Oberhalb der „magischen Zahl“ von 150 gibt es im Grunde nur zwei Methoden kollektiver

„Vorsorge-Aufwendungen, die mehr kosten, als sie je einbringen können, gelten zu Recht als bescheuert, als irrational. Das ist eindeutig der Fall, wenn das Vorsorgeprinzip als Forderung nach einem „Null-Risiko“ ausgelegt wird.“

Entscheidungsfindung: den Markt und die Bürokratie. Der Markt ist zwar historisch viel älter, denn wir wissen, dass schon die Jäger und Sammler der Steinzeit Fernhandel mit unbekanntem Menschen trieben. Dennoch erscheint er als „künstlich“, weil das menschliche Hirn, angepasst an das Jahrtausende bis Jahrmillionen währende Leben in überschaubaren Horden, schlecht mit unpersönlichen Formen des Austauschs zurechtkommt. Viel „natürlicher“ erscheint uns eigenartigerweise die erst viel später mit dem Leben in größeren Städten aufgekommene Bürokratie, weil sie vermutlich an die hierarchische Struktur der Horde erinnert. Die Bürokratie kann viel verführerischer sein als der Markt. Deshalb bedarf es einer Ordnungspolitik zur Eindämmung bürokratischer Auswüchse. Ich möchte das am Beispiel der Risiko-Vorsorge erläutern.

Das „Vorsorgeprinzip“ wurde im Jahre 1992 auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED), dem legendären „Erd-Gipfel“ von Rio, folgendermaßen definiert: *„Drohen schwerwiegende oder bleibende Schäden, so darf ein Mangel an vollständiger*

wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, kostenwirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltverschlechterungen aufzuschieben.“ (Grundsatz 15 der Rio-Deklaration). Wie verträgt sich dieser Grundsatz mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit, wonach die Kosten in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen von Maßnahmen stehen müssen? Da der ebenfalls 1992 angenommene EU-Vertrag von Maastricht im Artikel 130r (später 174) das Vorsorgeprinzip kodifizierte, aber nicht näher definierte, sah sich die EU-Kommission im Jahre 2000 veranlasst, in einem umfangreicheren Papier zu präzisieren, dass seine Anwendung im Risikomanagement auf einer wissenschaftlichen Risikobewertung und einer rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung fußen muss. Kurz: Das Vorsorgeprinzip schließe das im Maastricht-Vertrag ebenfalls kodifizierte Prinzip der Verhältnismäßigkeit und die damit verbundene Verpflichtung zur Gesetzesfolgenabschätzung ein. Leider spielt der Maastricht-Vertrag heute für die Begründung der EU-Politik kaum noch eine Rolle.

Vorsorge-Aufwendungen, die mehr kosten, als sie je einbringen können, gelten zu Recht als bescheuert, als irrational. Das ist eindeutig der Fall, wenn das Vorsorgeprinzip als Forderung nach einem „Null-Risiko“ ausgelegt wird. So erklärte beispielsweise der damals in der EU federführende österreichische Umweltminister Josef Pröll im Jahre 2006 bei der

Verabschiedung der Dubai-Deklaration zur Chemikaliensicherheit: *„Die Deklaration sagt: Wenn Du Dir nicht sicher bist, welche Auswirkungen etwas hat, lasse die Finger davon.“* Hätten die Menschen immer diesen Grundsatz befolgt, hätten sie weder das Feuer gezähmt noch das Rad erfunden! Und man müsste auch Schokolade verbieten, weil man mit Utensilien und Zutaten, die in jeder Küche zu finden sind, daraus leicht gefährlichen Sprengstoff herstellen könnte. Übertriebene Vorsorge führt also zum Stillstand, wenn nicht gar zum Tod. Die dahinter stehende Denkweise heißt Nihilismus.

Was verstehen wir darunter? In gängigen Lexika wie der Online-Enzyklopädie *Wikipedia* liest man meistens, Nihilisten glaubten an gar nichts. Heute gelten islamistische Selbstmordattentäter als typische Nihilisten. Niemand kann aber behaupten, diese glaubten an nichts. Deshalb scheint mir die Nihilismus-Definition, die der französische Schriftsteller Albert Camus in seinem 1951 veröffentlichten Essay *„Der Mensch in der Revolte“* gab, als weitaus erheller. *„Der Nihilist“*, schrieb Camus, *„glaubt nicht an nichts, sondern nicht an das, was ist.“* Er berief sich dabei auf Friedrich Nietzsche, der den Nihilismus als Negation des Lebens definiert hatte. Allgemein bedeutet danach Nihilismus, etwas höher zu schätzen als das menschliche Leben in Freiheit und Würde. Für die

„Auch hinter Übertreibungen der aktuellen Wellness-Bewegung lassen sich unschwer nihilistische Motive ausmachen. Viele Wellness-Jünger tun des Guten zu viel und verpassen über der Sorge, ob sie wirklich alles Denkbare für den Erhalt ihrer Gesundheit getan haben, das Leben. Statt sich des Lebens zu erfreuen, heben sie sich die Gesundheit für das Ende ihrer Tage auf.“

Motive von Selbstmordattentätern trifft das sicher zu.

Selbstmord-Attentate sind aber heute beileibe nicht die einzige und wahrscheinlich nicht einmal die wichtigste Manifestation des Nihilismus. Auch hinter Übertreibungen der aktuellen Wellness-Bewegung lassen sich unschwer nihilistische Motive ausmachen. Viele Wellness-Jünger tun des Guten zu viel und verpassen über der Sorge, ob sie wirklich alles Denkbare für den Erhalt ihrer Gesundheit getan haben, das Leben. Statt sich des Lebens zu erfreuen, heben sie sich die Gesundheit für das Ende ihrer Tage auf. „Auch wer gesund stirbt, ist definitiv tot“, bemerkte dazu mit trockenem Humor der bekannte Psychiater und katholische Theologe Manfred Lütz. Weniger lustig mutet dagegen der verbissene Kampf von Umweltverbänden und grünen Politikern gegen verdächtige Kunststoff-Weichmacher in

lebensrettenden Blutbeuteln und flexiblen Infusionsschläuchen an – alles in guter Absicht, versteht sich. Offenbar ist ihnen aber nicht recht bewusst, dass sie den Übertritt gewisser Weichmacher-Mengen in das Blut von Patienten für ein größeres Übel halten, als die Patienten ohne die Verabreichung von Blutkonserven oder künstlicher Nahrung ihrem Schicksal zu überlassen. Da vergeht einem schon das Lachen.

Als noch gefährlicher erscheint mir der in der „Klimaschutz-Politik“ zutage tretende gedankenlose Nihilismus. Denn die EU schickt sich an, für den Kampf gegen den vermutlich unvermeidlichen Klimawandel in Gestalt der Förderung unwirtschaftlicher „erneuerbarer“ Energien und des verordneten CO₂-Emissionshandels nicht weniger als 500 Milliarden Euro locker zu machen. Angesichts des Eifers der amtlichen Weltretter muss der nüchterne Beobachter zum Eindruck gelangen, da werde der wirtschaftliche Selbstmord aus Angst vor dem Tode vorbereitet, zumal eine mäßige Erwärmung der Erde sicher mehr wirtschaftliche und gesundheitliche Vorteile als Nachteile mit sich brächte.

Es ist nicht klar, was die „Klimapolitik“ eigentlich schützen will. Die gegebenen Grenzen zwischen den Klimazonen der Erde? Oder einen globalen Temperaturmittelwert? Woher weiß die politische „Elite“, die sich den „Klimaschutz“ auf die

„Im letzten Herbst haben die US-Statistiker Gerald Roe und Marcia Baker in "Science" (vol. 318, p. 582) einen vergleichenden Test aller gängigen „Klimamodelle“ veröffentlicht, in dem sie zum Schluss kommen, numerische Modell-Läufe der atmosphärischen Zirkulation könnten grundsätzlich nicht herausfinden, ob es in den nächsten 100 Jahren auf der Erde wärmer oder kühler wird.“

Fahnen geschrieben hat, überhaupt, in welche Richtung sich die Durchschnittstemperatur bewegen wird? Aus Modellrechnungen auf Großcomputern, die davon ausgehen, dass die Erde ein geschlossenes System („Treibhaus“) ist? Im letzten Herbst haben die US-Statistiker Gerald Roe und Marcia Baker in "Science" (vol. 318, p. 582) einen vergleichenden Test aller gängigen „Klimamodelle“ veröffentlicht, in dem sie zum Schluss kommen, numerische Modell-Läufe der atmosphärischen Zirkulation könnten grundsätzlich nicht herausfinden, ob es in den nächsten 100 Jahren auf der Erde wärmer oder kühler wird. Wir brauchen uns daher mit Details der Klima-Projektionen gar nicht mehr zu befassen. Wie die Zukunft aussehen wird, bleibt wie eh und je eine Glaubenssache.

„Glaubens- und Redefreiheit sowie der Wettbewerb zwischen verschiedenen Problemlösungsansätzen sind die wichtigsten Voraussetzungen der gesellschaftlichen Anpassung an unvorhersehbare Entwicklungen wie Erdbeben oder Klimaverschiebungen.“

Der gesunde Menschenverstand weiß seit langem, mit dieser heute von manchen aufgeregten Zeitgenossen als völlig neu empfundenen Situation umzugehen, indem er uns lehrt, nicht alles auf eine Karte zu setzen. Der Wettbewerb fördert gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Wohlstand. Dieser wiederum ist die beste Vorsorge gegenüber Naturkatastrophen und anderen Unbilden. Denn bekanntlich unterscheiden sich die Opferzahlen bei vergleichbar starken Erdbeben in armen und wohlhabenden Ländern in der Regel um einige Größenordnungen.

Dennoch orientiert sich die „Klimaschutz-Politik“ nicht an diesem bewährten Muster gesellschaftlicher Problemlösung, sondern am scheinbar näher liegenden bürokratischen Ansatz. Einen Wettbewerb verschiedener Herangehensweisen bei der Suche nach den effizientesten, gerechtesten und nachhaltigsten Problemlösungen kann es hier nicht geben. Das unvoreingenommene Streben nach Wahrheit musste durch die Herstellung eines scheinbaren

Konsenses über das Spurengas CO₂ als vermeintliche Hauptursache des Klimawandels ersetzt werden, obwohl es keine statistische Korrelation zwischen der CO₂-Konzentration und der Temperatur der Luft gibt. Das 1988 von der World Meteorological Organisation (WMO) und dem Umweltprogramm der UN (UNEP) eingesetzte Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bekam den ausdrücklichen Auftrag, zu demonstrieren, dass der Mensch mit seinen CO₂-Emissionen für die leichte Erderwärmung des letzten Jahrhunderts verantwortlich ist. Das allein reicht schon, um das Gremium als politische Einrichtung zu charakterisieren, denn in der Wissenschaft hat der Begriff „Konsens“ nichts zu suchen. Hier steht nach Karl Raimund Popper die „Refutation“ begründeter Vermutungen (Hypothesen) mithilfe intelligenter Experimente und des kritischen Disputs im Mittelpunkt, d.h. gerade nicht die konsensuale Absegnung und Kodifizierung von Aussagen. Es gibt auch hier nur provisorische Gewissheit.

In der Politik hingegen ist Konsens durchaus erwünscht. Dessen Grundlage kann aber nur zum geringsten Teil die Wissenschaft liefern. Viel größeres Gewicht sollte nach Auffassung der Totalitarismus-Kritikerin Hannah Arendt der gesunde Menschenverstand haben. Und dieser verbietet es, wie gesagt, alles auf die Karte einer einzigen vermuteten Ursache des Klimawandels zu setzen. Wer das dennoch tut, setzt unseren Wohlstand und

damit auch unsere Anpassungsfähigkeit aufs Spiel. Mehr noch: Wer am Ziel festhält, die CO₂-Emissionen bis zur Jahrhundertmitte zu halbieren oder, wie von Ex-Vizepräsident Al Gore gefordert, sogar um 90 Prozent zu senken, nimmt – bewusst oder unbewusst – den Tod jener Abermillionen von Menschen in Kauf, die infolge der klimapolitisch bedingten Preisexplosion bei Nahrungsmitteln und Energieträgern schlicht überzählig werden.

Edgar Gärtner (www.gaertner-online.de) ist Hydrobiologe. Von ihm erschien 2007 im TvR-Medien-Verlag, Jena, das Buch *Öko-Nihilismus. Eine Kritik der Politischen Ökologie* (ISBN 978-3-00-020598-9).

Mehr zu Edgar Gärtner finden Sie unter:
<http://www.gaertner-online.de>



Highway to hell

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Beirat des Unternehmerinstituts der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer mit dem Thema Klimapolitik.

Günter Ederer, Edgar Gärtner, Michael Miersch und viele andere referierten über die derzeitige Stand der Klimaforschung und der Darstellung der gängigen Klimafragen in den Medien.

Hardy Bouillon war eingeladen, von der methodologischen Warte einen Blick auf das Thema zu werfen. Hier sein Beitrag.

„Die Theologie ist, wie Hans Albert einmal treffend festgestellt hat, ähnlich wie die Jurisprudenz „eine dogmatische Wissenschaft normativen Charakters“.¹ Religion als Wissenschaft in diesem Sinne hat mit empirischer Wissenschaft offenbar wenig gemein. Das ist insofern bedenklich, als die Tradition, im Vorfeld politischer Entscheidungen die Meinungen von Sachverständigenräten und Wissenschaftlern einzuholen, zu der Annahme verleitet, dass die Politik in der Regel auf der Höhe wissenschaftlicher Forschung, d.h. auf der Grundlage bewährter empirischer Theorien entscheidet.“

Diese Auffassung steht und fällt mit dem Wissenschaftscharakter der Referenzquellen. Im Felde der Klimapolitik – aber auch in anderen Politikfeldern – mehren sich die Anzeichen dafür, dass in vielen dieser Referenzquellen unüberprüfbare Glaubenssätze normativen Charakters an die Stelle überprüfbarer und bislang bewährter Theorien getreten sind. Mit diesem Phänomen und der daraus resultierenden Problematik will ich mich in meinen Bemerkungen auseinandersetzen.

Im Fokus meiner Auslassungen stehen vier Fragen bzw. Fragenkomplexe. Sie werden m.E. nur unzureichend voneinander abgegrenzt. Dieser Umstand ist aus mehreren Gründen bedenklich. Meine hier geäußerten Bedenken sind, wie angedeutet, vor allem methodologischer Natur.

Doch zunächst die vier Fragen bzw. Fragenkomplexe selbst:

1. Gibt es einen „globalen Klimawandel“? Falls ja, wie äußert er sich? Wie bzw. anhand welcher Kriterien ist er zu identifizieren? Falls er nicht im wörtlichen Sinne global sein sollte, auf welche Raum/Zeit-Koordinaten bezieht er sich?

2. Ist der „Klimawandel“ anthropogener Natur oder zumindest anthropogen signifikant beeinflusst? Welche anderen Faktoren sind für den

„Klimawandel“ heranzuziehen und wie ist das Verhältnis dieser Faktoren untereinander?

3. Ist der „Klimawandel“ reversibel? Falls ja, ist er von Menschen umkehrbar?

4. Ist der „Klimawandel“ wünschenswert oder nicht? Gibt es eine konsensuale Akzeptanz oder Ablehnung des „Klimawandels“? Kann es solche geben? Wenn manche ihn begrüßen, andere ihn ablehnen, wie soll dann entschieden werden?

Um es vorwegzunehmen: Soweit ich sehe, gibt es zu keiner dieser Fragen, zu keinem dieser Fragenkomplexe eine einhellige Antwort.

Gibt es einen „globalen Klimawandel“?

Was den ersten der 4 Fragenkomplexe angeht, so beginnen die Probleme bereits beim Begriff „Klimawandel“. Das Klima wandelt sich beständig. Die Konstatierung dieses Phänomens ist also wenig interessant. Klimawandel zu konstatieren wäre erst interessant, wenn man auch Klimastagnation feststellen könnte. Auch besteht z.B. keine Einigkeit darüber, für welche Zeitperiode Klimawandel oder Klimastagnation zu konstatieren ist. Betrachten wir den Zeitraum der letzten 10, 50 oder 100 Jahre?

Anhand welcher Kriterien

ist „Klimawandel“ zu ermitteln? Anhand von Temperaturschwankungen? Falls ja, wie groß müssen diese sein, um als bedeutsam gelten zu können. Fred Singer schreibt dazu:

„Würde man ... die maximalen Satellitentemperaturtrends bis zum Jahr 2100 – das Szenario des „schlimmsten Falls“ – extrapolieren, könnte man den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg mit 0,5 °C ansetzen, der Hälfte des untersten IPCC-Wertes. Aber 0,5 °C sind kaum erkennbar und völlig bedeutungslos.“²

Ich will an dieser Stelle die Erörterung der Problematik des ersten Fragenkomplexes abbrechen und nur die Quintessenz der daraus ableitbaren Schlussfolgerung hervorheben: Die Klimadebatte zeigt, dass sie die Erforschung des Themas „Klimawandel“ bei weitem überfordert. Neutral ausgedrückt: Das Thema ist als Forschungsthema viel zu jung. Die meisten der grundlegenden Fragen (und ich habe im ersten Fragenkomplex nur einige genannt) sind noch gar nicht geklärt. Mit anderen Worten: Man weiß zum Teil gar nicht, worüber man redet.

Ist der „Klimawandel“ anthropogener Natur?

Auch der 2. Fragenkomplex zeichnet letztlich ein trauriges Bild.

Man muss zur Belegung dieser Schlussfolgerung nicht in die Tiefen der Popperschen

Methodologie, der ich anhängen, einsteigen. Stattdessen will ich die folgenden 4 vereinfachenden Annahmen formulieren, auf denen meine Überlegungen gründen.

1. Die Klimaforschung ist eine Naturwissenschaft.
2. In den Naturwissenschaften (und nicht nur in diesen) ist es üblich, natürliche Phänomene zu identifizieren und mit Theorien zu erklären.
3. Alle Theorien sind (wie alles Wissen) hypothetisch. Theorien werden als Erklärungshypothesen auf und der kritischen Überprüfung anheim gestellt.
4. Stimmen die Prognosen der Theorie mit den Testergebnissen überein, gilt die Theorie bis auf weiteres als bewährt, widerspricht sie den Testergebnissen und gelten diese als unproblematisch, dann gilt die Theorie bis auf weiteres als widerlegt.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen fällt auf, dass das skizzierte Forschungsverfahren in der Klimaforschung nicht mehr bzw. nicht mehr nur angewendet wird. Stattdessen bricht sich ein anderes Verfahren Bahn: Prognosebildung mit Hilfe von Computersimulationen.

Zwar werden auch dabei Datensätze gebraucht, aber nicht zur Überprüfung von Theorien, etwa der Theorie, der Klimawandel sei u.a. oder gar vornehmlich menschlichen Ursprungs. Stattdessen werden die Datensätze eingespeist. Anschließend werden unter

Hinzuziehung bestimmter Annahmen und Modelle klimatischen Verhaltens, die selbst nicht in diesem Verfahren getestet werden, Vorhersagen über künftige Klimadaten errechnet.

Ähnliche Vorgehensweisen kennen wir auch aus anderen Disziplinen, z.B. aus der Spiel- und Entscheidungstheorie, die in der Ökonomie und Philosophie Anwendung findet. Dort werden Modelle über das Verhalten rationaler Akteure gebildet, und in Spielen wird ermittelt, welche Entscheidungen rationaler Akteure zu welchen gesellschaftlichen Ergebnissen führen. Dieses Verfahren führt zu durchaus interessanten Ergebnissen. Doch niemand käme auf die verwegene Idee, daraus zu schließen, dass Menschen in der realen Welt genau so entscheiden würden, wie im Modell angenommen wird. Modelle arbeiten stets mit Vereinfachungen und sind keinesfalls dazu geeignet, das zu überprüfen, was sie stillschweigend voraussetzen.

Mir scheint, dass manche an der Klimadebatte beteiligten Personen diesen Umstand grundlegend verkennen. Welche Ergebnisse auch immer Computersimulationen errechnen mögen, sie dienen keinesfalls der Überprüfung jener Annahmen, die der Computersimulation zugrunde gelegt werden.

Die Überprüfung der These, der „Klimawandel“ sei gänzlich oder teilweise anthropogener Natur, stellt

eine ganz andere Aufgabe dar. Dass die Menschheit an der Frage, ob ihr Verhalten das globale Klima signifikant beeinträchtigen kann, interessiert ist, steht wohl außer Frage. Das Drängen auf eine möglichst rasche Klärung dieser Frage ist verständlich. Aber Wissenschaft lässt sich nicht drängen. Sie muss seriös betrieben werden, wenn sie als guter Berater in Lebensfragen dienlich sein will.

Als Beobachter kann man derzeit nur konstatieren, dass es unterschiedliche Auffassungen unter den Forschern gibt. Ich halte die Argumente jener, welche die These des anthropogenen Ursprungs des „Klimawandels“ bestreiten, für überzeugender als die Ihrer Opponenten. Aber das ist nur die Randbemerkung eines fachfremden Wissenschaftlers.

Ist der „Klimawandel“ reversibel?

Nehmen wir an, die Theorie anthropogen induzierten Klimawandels würde – wider Erwarten – empirisch bestätigt, dann folgte daraus noch nicht, dass die Umkehr des „Klimawandels“ überhaupt möglich wäre. Es folgte auch nicht, dass eine Umkehr durch Menschen möglich wäre. Wir wissen längst, dass die avisierten CO₂-Emissionseinschränkungen nicht den erhofften Effekt haben können, den es zur Umkehr des „Klimawandels“ bräuchte.

„Auch wenn alle Länder das Kyoto-Protokoll umsetzen würden“, schreibt Peter Singer, „würde das den atmosphärischen Spurengasanstieg nur in sehr geringem Masse verlangsamen. Das IPCC selbst hat hierzu errechnet, daß die weltweiten Emissionen um ca. 60 – 80 Prozent reduziert werden müßten, um die atmosphärische CO₂-Konzentration auf dem gegenwärtigen Stand zu stabilisieren.“³

Aber die geringe Aussicht auf effektive Maßnahmen ist es nicht, die ich hier hervorheben möchte. Mir geht es um die grundsätzliche Problematik des Kurzschlusses, der Verursacher einer Tatsache, sei auch gleichzeitig qualifiziert, diese Tatsache wieder rückgängig zu machen. Der Umstand, dass ich in der Lage bin, ein Haus anzuzünden, sagt nichts darüber aus, ob ich den Brand auch wieder löschen kann. Manche Befürworter der These, Klimawandel sei Menschenwerk, scheinen aber genau diesem Trugschluss zuzuneigen.

Ist der „Klimawandel“ wünschenswert?

Ich komme zum letzten der genannten Fragenkomplexe. Ist der Klimawandel wünschenswert oder nicht?

Für die Politik ist der „Klimawandel“, ob existent oder nicht, wünschenswert, wie Günter Ederer zu Recht hervorgehoben hat. Er

entwickelt eine ungemeine Saugkraft, um uns Bürgern zusätzliche Steuern aus der Tasche zu ziehen, und eignet sich zudem, um uns weitere Verhaltensanweisungen zu erteilen.

Wenn der „Klimawandel“ in signifikanter Weise auftreten sollte und wenn langfristig kältere Regionen wärmer werden sollten, dann wäre dies in diesen Landstrichen ein wirtschaftlicher Segen. In jenen Teilen der Erde, die unter zunehmender Dürre zu leiden hätten, wäre er wohl eine ökonomische Katastrophe.

Bei alledem wird übersehen, dass die Frage der Wünschenswürdigkeit bestimmter Änderungsprozesse eine normative Frage ist. Wie bei allen normativen Fragen, die sich im Anschluss an spontane Externalitäten stellen, so gilt auch hier, dass unklar ist, wer über die Wünschenswürdigkeit zu befinden hat bzw. wer im Falle geteilter Meinungen über den Vorzugswürdigkeit einer Meinung entscheiden soll.

Anmerkungen

¹ Hans Albert, *Traktat über rationale Praxis*, Tübingen 1978, S. 66.

² Fred Singer, *Gibt es eine wissenschaftliche Grundlage für die UN-Klimakonvention? Eine kritische Analyse der Fakten*, Brüssel: Centre for the New Europe 2000, S. 10.

³ Ebenda, S. 60.

Save the word for



last me

„Ich widerspreche Eamonn Butler nur selten“, schreibt Stephen Pollard am 22. April 2008 in seinem Kommentar über die Hypothekenkrise im Vereinigten Königreich, „aber ich glaube, dass er in seinem Beitrag zur *Times*, so wertvoll dieser auch ist, in einer Sache gänzlich daneben liegt.

Er schreibt:

[D]ie Schuld für unsere gegenwärtige Misere kann man nicht der Raffgier oder Lasterhaftigkeit der Banken anhängen. Sie liegt vielmehr direkt vor der Haustüre des Staates. Es liegt an ihm, die Dinge in Ordnung zu bringen, und der außergewöhnliche Schritt der Bank of England, £50 Milliarden ihrer Einlagen gegen sichere Staatsanleihen einzutauschen, ist wahrscheinlich ein Schritt in die richtige Richtung.

... Aus Sorge um die Sicherheit der Kunden haben sich die Behörden zu weitgreifenden und beschwerlichen Regulierungen hinreißen lassen. Die einzigen Banken, die mit diesem Ausmaß an Bürokratie fertig werden, sind die großen. Regulierungen haben die Banken fett und ihre Kunden selbstzufrieden werden lassen.

Mehr Blogs von Stephen Pollard finden Sie unter:
[www.spectator.co.uk/
stephenpollard](http://www.spectator.co.uk/stephenpollard)

Es wäre viel gesünder, wenn die Banken stärker dem Wettbewerb ausgesetzt wären und die Kunden sie kritischer beäugten, bevor sie ihnen ihre Ersparnisse anvertrauten.

Gewiß, noch nicht einmal die Regulierer dürften derzeit in der Lage sein, den Wald vor lauter Bäumen zu sehen. Am Markt wusste man, dass Northern Rock große Risiken auf sich nahm, aber auch all die komplexe Regulierung konnte das offenbar nicht aufhalten. Einige altbackene Regeln der Reservebildung hätten das wohl eher gekonnt.

Sicher, einige Banker segelten hart am Wind und gingen Risiken ein, um neues Terrain zu gewinnen. Wenn die Dinge gut laufen, ist dies eine vollkommen rationale Strategie. Wenn fast alle Kunden reicher werden, solltest Du so oft zugreifen wie möglich. Und der Staat hat seinen Teil zum Rausch beigetragen, indem er die Zinsen über Jahre hinweg niedrig hielt. In der Politik und in den Zentralbanken mag man es, wenn die Geschäfte brummen. Aber billige Kredite sind eine verführerische Droge. Man braucht mehr und immer mehr davon, um das Niveau zu halten. Über kurz oder lang geht Dir das Geld aus und der Katzenjammer beginnt. Letztlich hat also die Politik – die uns durch die Schaffung des Booms dazu verleitet, zu viel Geld aufzunehmen, und die Banken dazu brachte, zu viele Kredite zu geben – die Schuld am finanziellen Kater zu tragen.“

Nun ja. Die Behörden mögen

durch ihr Versagen bei der Festlegung klügerer Regeln der Reservebildung den Banken zwar zur Lotterhaftigkeit verholphen haben, aber sie haben sie nicht gezwungen, leichtfertig zu sein. Ich habe zum Beispiel eine Geldkarte mit einem Kreditrahmen, der meines Erachtens aberwitzig hoch ist. Aber ich entscheide mich dennoch, meine Rechnungen jeden Monat zu bezahlen. Wenn ich stattdessen meinen Kreditrahmen voll ausschöpfen und ihn auf Pferde setzen würde, hieße das dann, dass - nachdem alles den Bach runter gegangen ist - es die Schuld des Bankinstituts war, weil es mich nicht davon abhielt, mich wie ein Idiot zu benehmen? Sicherlich trägt der Kreditgeber auch einen Teil der Verantwortung und seine Aufforderungen zur Rückerstattung, nachdem ich alles Geld verloren habe, würden es verdienen, auf taube Ohren zu stoßen. Aber die wahre Verantwortung läge doch bei mir.

In analoger Weise muss man den Fall bewerten, wenn Menschen leichtfertig Hypotheken für Immobilien aufnehmen, die sie sich aufgrund der verrückten Immobilienpreise nicht leisten können, und nun in Panik verfallen, weil ihre fixen Rückzahlungsraten enden. Wessen Verantwortung ist das?

Ja, der Kreditgeber gehört an den Pranger für den Leichtsinn, derart dämliche Darlehn anzubieten und Kunden damit zu locken. Aber die wahre Verantwortung liegt doch bei den Menschen, die diese Darlehn annehmen.